

Aachener Zeitung 9.Sept.2010

Burg für den Schulerhalt opfern?

Bürgerinitiative gegen Schließung der Gerhart-Hauptmann-Hauptschule sieht im Kostendeckungsvorschlag den Verkauf des historischen Gebäudes vor. AWO ist entsetzt und wütend: „Vorschlag ist schändlich.“



Von Holger Bubel

Alsdorf. Birgit Zöllner ist zufrieden: Die erforderlichen 2400 Stimmen für ihr Bürgerbegehren gegen die Auflösung der Gerhart-Hauptmann-Hauptschule in Siedlung -Ost (wir berichteten mehrfach) hat sie zusammen. „Wir haben mögliche ungültige Stimmen herausgenommen und kommen immer noch auf über 2500 Unterschriften, mit denen die Unterzeichner das Bekenntnis zu der Schule ausdrücken“, freut sich die Schulpflegschaftsvorsitzende und Initiatorin des Begehrens. Am kommenden Freitag, 15. Oktober, exakt drei Monate nach dem Ratsbeschluss zur Schulschließung, wird sie den Päckchen Papier im Rathaus abgeben. Dann entscheidet der Rat, ob er das Begehren annimmt oder ob es zum Bürgerentscheid kommt, mit dem der ursprüngliche Ratsbeschluss aufgehoben wird.

700 000 Euro für Bauland

Formal haben die Initiatoren offensichtlich nichts falsch gemacht. Die Bedingungen für ein Bürgerbegehren wurden erfüllt. Dennoch regt sich Widerstand gegen den Inhalt des Begehrens. Dieser beinhaltet nämlich einen formaljuristisch notwendigen Kostendeckungsvorschlag, der in diesem Fall vorsieht, die Alsdorfer Burg für Gastronomie, Kultur oder Hotelgewerbe zu veräußern, was rund zwei Millionen Euro einbrächte. Weitere 700 000 Euro würde nach Einschätzung der Bürgerinitiative (BI) die Umwandlung der Fläche der ehemaligen Grundschule in Busch in Bauland einbringen. Erstere Idee rief nun Franz-Josef Gehrke, Vorsitzender der AWO Burg, die seit 40 Jahren ihren Sitz in dem historischen Gebäude hat – als Entschädigung 1970 für die Enteignung durch die Nationalsozialisten vom Rat der Stadt Alsdorf beschlossen. Gehrke ist wütend auf die Bürgerinitiative: „Auf dem Rücken anderer seine eigenen Interessen durchsetzen zu wollen, ist schändlich.“ An die Urheber und vermeintlichen „Mittäter“ – Kellersberger Bürgerverein und Kaufmannschaft, Aktionsgemeinschaft Alsdorf und auch an die CDU Alsdorf – verfasste Franz-Josef Gehrke Briefe, in denen er die Bedeutung und Aufgaben des ehrenamtlich betriebenen Ortsvereins darlegt. „Wir fordern Sie auf, dieses obskure Begehren nicht zu unterstützen, sondern es zu verhindern“, lautet die Quintessenz der Schreiben. Mit Sprachduktus und Inhalt der Briefe sind weder Birgit Zöllner noch CDU-Vorsitzender Franz Brandt einverstanden: „Wir wollten niemanden angreifen, haben nur eine alternative Lösung gesucht“, sagt Birgit Zöllner. Als völlig an der Realität vorbei bezeichnet Franz Brandt die Anschuldigungen, man habe etwas mit einem möglichen Verkauf zu tun: „Erstens haben wir im Rat mit der Mehrheit für die Zusammenlegung der beiden Alsdorfer Hauptschulen gestimmt. Zweitens haben wir doch selbst einen Antrag gestellt, dass Mittel aus dem Konjunkturpaket II in die Burg investiert werden.“

Beschuldigungen und Angriffe

Beschuldigungen und Angriffe wollen sich weder Bürgerinitiative noch CDU gefallen lassen. Ohnehin nimmt der CDU-Vorsitzende den Kostendeckungsvorschlag nicht ernst, was er auch der BI in einem Gespräch so gesagt habe: „Die mussten sich was aus dem Kopf saugen. Politisch unterstützen wir diese Ansinnen nicht.“ Ebenso wenig wie die „Gestaltungsmehrheit“ aus SPD, ABU und FDP, die schließlich eine Reihe von Maßnahmen für Kellersberg auf die Schienen gesetzt hat (wir berichteten). Sollte ein Verkauf der Burg tatsächlich im Rat thematisiert werden, müssten die Grünen zumindest „darüber diskutieren“. Fraktionschef Horst-Dieter Heidenreich weist von sich, der BI zu diesem Vorschlag geraten zu haben, auch wenn es ein offenes Geheimnis ist, dass die Grünen der BI beratend zur Seite stehen. Man habe verschiedene Möglichkeiten durchgesprochen, erklärte Heidenreich auf Nachfrage.

